

Zuchthaus für die Sklarefs

Fast neun Monate hat die Hauptverhandlung in dem Prozeß gedauert, der nach den Hauptangeklagten unter dem Kennwort Sklaref und Genossen lief, seit mehr als zweieinhalb Jahren ist die Unterbringung und die Vorbereitung des Verfahrens im Gang gewesen. Nun ist das Urteil gesprochen. Die Angeklagten Leo und Wili Sklaref sind wegen Betruges, schwerer Urkundenfälschung und aktiver Bestechung zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden, das Gericht hat beschlossen, sie und zwei andere Angeklagte sofort in Haft zu nehmen. Von den übrigen Angeklagten ist ein Teil ebenfalls wegen Betruges und Urkundenfälschung, ein anderer wegen schwerer passiver Bestechung verurteilt worden. Diesen übrigen Angeklagten gegenüber ist das Urteil jedoch erheblich milder als gegenüber den Sklarefs, es hat Gefängnisstrafen zwischen drei Monaten und anderthalb Jahren verhängt und daneben die zeitweilige Unfähigkeit zur Befeldung öffentlicher Ämter und Gehaltsraten verfügt.

Dieses Urteil zieht den Schlußfolgerung einen Stand, der nur aus den unnormalen Verhältnissen einer in ihren materiellen und moralischen Grundlagen veränderten und verarmten Zeit zu verstehen ist. Die öffentliche Meinung jahrelang in lebhafter Bewegung gehalten hat, der politisch ausgebaut wurde, und der uns heute doch schon fast wie eine Episode aus ferner Vergangenheit anmutet. Die lange Zeitdauer der Voruntersuchung und der Verhandlung ist vielfach von der öffentlichen Meinung nicht verstanden worden, man hat an der Art des Verfahrens Anstoß genommen und Kritik geübt, aber niemand hat bezweifelt, daß es nötig war, alle diese Dinge, die da aufgedeckt wurden, einmal bis ins letzte zu durchleuchten und wegzulassen dort, wo es möglich war, für Sühne zu sorgen. Da diese Sühne freilich dem Empfinden der Allgemeinheit durchaus entspricht, kann man bezweifeln, und zwar aus dem Grunde, weil das Urteil einen so überaus fraßen Unterschied in den Strafmaßen macht, die es auf der einen Seite gegenüber den Sklarefs und auf der anderen Seite gegenüber den schuldigen übrigen Angeklagten angesetzt hat. Die Strafmäßigkeiten der Sklarefs waren doch nur möglich auf der Grundlage, die ihnen die ungesunden Verhältnisse und die moralische Fäulnis in einem Teil des Berliner Verwaltungsapparates boten, und niemand wird glauben wollen, daß die ganz anders gehalten, aus einer ganz anders gefügigen Schicht kommenden und zu einer ganz anders moralischen Verantwortung erregenen Beamten mitlenke Opfer der Sklarefs gewesen seien. Man darf allerdings bei dem Unterschied der Strafmaße nicht übersehen, daß durch die jahrelange öffentliche Beleuchtung in der Voruntersuchung und in der Hauptverhandlung diese Beamten schon eine Art Bewährungsfrist erfahren haben, die sowohl durch ihre zeitliche Wirkung wie durch ihre Wirkung in der Sache, ja, wohl ein vernichtender Schlag für diese Männer sein muß. Nur in der unmittelbaren Wirkung des Nebeneinander von mehrjährigem Zuchthaus und kurzer Gefängnisstrafe, wie sie in dem Urteilsspruch in die Erscheinung tritt, wirkt sich der Abstand der Strafmaße überlegend aus.

Der glatten Abwicklung dieses Monitorprozesses fehlten sich wiederholt ernste Schwierigkeiten entgegen, die oftmals die Klugigkeit des Klareffalles in Frage stellten. So wurde die Beweisaufnahme durch die Erhaltung von Max Sklaref, in dem der Staatsanwalt den Hauptangeklagten ersetzte, von vornherein stark beeinträchtigt. Zu Beginn des Prozesses glaubte man allgemein, daß Max Sklaref, das

Haupt der drei Brüder, das Ende der Verhandlungen nicht erleben würde. Viel man ihn doch damals schon für einen Sterbenden. Er konnte infolge dessen in diesem Verfahren nicht mit abgeurteilt werden. Max Sklaref liegt noch heute krank zu Hause, ob überhaupt je ein Prozeß gegen ihn stattfinden kann, wird der Gerichtspräsident zu entscheiden haben.

Mehrere andere Personen, die in das Verfahren verstrickt waren, hat inzwischen der Tod ereilt. Kieburg, der Geschäftsführer der Niederermerslager-Gesellschaft, hat den Prozeßbeginn nicht mehr erlebt. Magistratsrat Dr. Schellach starb bei einer Vernehmung vor dem Disziplinar-Untersuchungsführer. Stadtrat Wulff starb im Juni 1930 an einem schweren Leiden. Generaldirektor Schünung endete kurz nach seiner Zeugnisaussage, bei der er unbeeidigt blieb, durch Freitod. Schließlich hat einen der Verteidiger eine tödliche Krankheit mitten aus dem Prozeß herausgerissen. Andere sind im Laufe des Verfahrens krank geworden, so daß mehrfach nur mit Unterbrechungen verhandelt werden konnte.

Für manchen der Zeugen, die unbeeidigt aus dem Verfahrensfeld herausgehoben wurden, wird der Sklaref-Prozeß eine hohe Erinnerung hinterlassen. Verschiedene Prozeßteilnehmer, wie z. B. der frühere Oberbürgermeister Böhm, mußten sich im Zusammenhang mit dem Prozeß vor den Disziplinargerichten und parlamentarischen Untersuchungsausschüssen verantworten und haben dabei nicht gerade zu ihrem Vorteil abgemittelt.

Gegen das erfindungsreiche Urteil gibt es nach den Bestimmungen der ersten Vorberatung des Kabinetts keinen feste Berufung, wie z. B. die frühere Oberbürgermeister Böhm, mußten sich im Zusammenhang mit dem Prozeß vor den Disziplinargerichten und parlamentarischen Untersuchungsausschüssen verantworten und haben dabei nicht gerade zu ihrem Vorteil abgemittelt.

Das Ende der Sklarefs

Je vier Jahre Zuchthaus für Leo und Wili Sklaref.

Berlin, 29. Juni.

Am 23. Verhandlungstage, pünktlich elf Uhr vormittags, verurteilte die Große Strafkammer beim Landgericht I, die seit dem 13. Oktober gegen die Sklarefs zu Gericht saß, unter Vorbehalt des Amtsgerichtspräsidenten das Urteil. Es wurden verurteilt:

Leo Sklaref und Wili Sklaref wegen Betruges, zum Teil in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung, und wegen Bestechung in weiteren acht Fällen, unter Freisprechung von der Anklage des Kontostreitens und des Kontostreitens und der Anklage zur schweren Anklage, zu je vier Jahren Zuchthaus.

Stadtbauinspektor Schmidt wegen passiver Bestechung zu vier Monaten Gefängnis.

Stadtbauinspektor Hoffmann wegen schwerer passiver Bestechung zu drei Monaten Gefängnis.

Bürgermeister Kohl wegen schwerer passiver Bestechung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Bürgermeister Schneider wegen schwerer passiver Bestechung zu vier Monaten Gefängnis.

Stadtrat Göbel wegen schwerer passiver Bestechung zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Stadtrat Degner wegen schwerer passiver Bestechung zu sechs Monaten Gefängnis.

Stadtbauinspektor Satalofski wegen schwerer passiver Bestechung und schwerer Anklage in zwei Fällen zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Buchhalter Lehmann wegen Bestechung zum Betrag und schwerer Urkundenfälschung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Buchhalter Zuck wegen Bestechung zum Betrag zu sechs Monaten Gefängnis.

Diplomassistent Ludwig wegen schwerer passiver Bestechung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Das Gericht erkannte ferner gegen die Brüder Leo und Wili Sklaref auf je fünf Jahre Ehrverlust und erließ gegen sie sowie gegen Stadtrat Göbel und Assistenten Ludwig Satalofski, bei Kohl, Satalofski, Göbel, Degner, Schneider und Ludwig erkannte das Gericht ferner auf die Unfähigkeit zur Befeldung öffentlicher Ämter auf fünf Jahre, mit Ausnahme von Degner und Schneider, bei denen das Gericht lediglich auf drei Jahre der Unfähigkeit zur Befeldung öffentlicher Ämter erkannte. Außerdem wurden dem Staate für verfallen erklärt: 8800 Mark Bestechungsgelder, die Stadtbauinspektor Schmidt erhalten hatte, 4300 Mark, die Stadtbauinspektor Hoffmann empfangen hat. Von dem Vermögen von Kohl, der aus dem Polizeigewahrsam entlassen wird, wurden 15 950 RM für verfallen erklärt, bei Satalofski 20 500 RM, bei Göbel 21 550 RM, bei Degner 10 000 RM, bei Schneider 14 630 RM, bei Ludwig 4900 Mark, außerdem ein Gramophon, das Stadtbauinspektor Schmidt erhalten hatte. Bei Satalofski, Göbel, Schneider und Ludwig wurden außerdem die Arbeitsdienste für den Staat als verfallen erklärt, die dieselben von Sklarefs erhalten haben.

Die Urteilsbegründung

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß im Sklaref-Prozeß die lange Verhandlungsdauer notwendig gewesen wäre, um die ganzen Vorgänge richtig nachprüfen zu können. Die Staatsanwälte hätten sich vielfach nicht bemüht, die Angeklagten zu verurteilen, und so ist das Gericht zu der Überzeugung gekommen, daß die Stadtbauinspektoren von den Sklarefs getäuscht worden seien. Von einem „Gemeinsame-Tatbestand“ zwischen Stadtbauinspektoren und Sklarefs könne keine Rede sein. Es sei ganz offenbar, daß die Sklarefs keinen Anspruch auf Kredit gehabt hätten.

Der Sinn der Strafmäßigkeiten wurde folgendermaßen festgestellt:

Dies gelang ihnen, indem sie der Stadtbauinspektor Satalofski in Höhe von 180 Millionen übergeben und der Stadtbauinspektor Satalofski vorläufig, der nicht vorhanden war. Der Vorsitzende ging dann auf die Beweismittel der einzelnen Angeklagten ein. Stadtbauinspektor Schmidt habe es in den letzten Tagen vor der Verurteilung der Sklarefs, in denen man von den Unrechtmäßigkeiten der Sklarefs schon sprach, vorgezogen, auf der Strafreflexion Jagd einen Hirt zu machen, hat in Berlin zu bleiben und die Stadtbauinspektor verurteilt zu sein. So könne nur ein Stadtbauinspektor handeln, der nicht aufgeben, sondern eine Aufdeckung verweigert hätte.

Was das Strafmaß anbelange, so habe das Gericht ein gerechtes Urteil ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung finden wollen. Dem Charakter und der Behandlung der Sklarefs nach, insbesondere in Bezug auf ihre von Gericht erkannte Unrechtmäßigkeit, verurteile das Gericht den Standpunkt, daß die Sklarefs bei einer positiven Gelegenheit nicht zuvor zurückzuführen würden, ihre Strafen zu mildern. Die Anklagen gegen alle auch für die verurteilten Beamten, daß die Sklarefs noch nicht vorbestraft seien, könne nur als Zufall bezeichnet werden.

Was die Bestrafung der Beamten anbelange, so habe das Gericht keinen Unterschied zwischen den Berufsbeamten und den

Abenteuer um Brigitte

Roman von Marjale Sonnborn

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle Saale

„Du hast schon recht, Ellen — wir waren Trottel!“
Die Augen... Aber letzten Endes bin ich an allem schuld. Wenn ich nur einigermaßen heil aus dieser Affäre herauskomme, hänge ich den Prozeß an den Nagel. Was Franz reich den Herzog von Arles werden.“
„Jetzt, nachdem du Aussicht hast, das Medaillon zu finden, von dem du immer sagtest, daß du es, Henry? Ich begreife dich nicht.“
„Henry Clifford macht sich, wie er sagt, nichts aus Eitel.“
Sie zuckte die Achseln.

„Henry ist schließlich noch ein Kind — und wir als seine Eltern haben für ihn zu denken. Ich werde ihn auf der Fahrt nach Romplaine aufsuchen. Zu drei, vier Tagen denke ich zu reisen. Ich brauche nur noch ein paar Zigaretten.“

„Henry Clifford ist nicht in Paris!“
Nichts bleibt mir erspart, dachte der Duke —, auch da s muß ich gehen!

„Nicht in Paris?“ fragte erklaut die Mutter des jungen Lord Rudward. „Hast du ihn — ihn auch — entführt?“

„Kann ich sie allein lassen? — Er hat sich bereit erklärt, ihr Gesellschaft zu leisten.“

„Du Trottel!“
Sie hatte die Duffesse etwas mit tiefer Überzeugung gesagt. „Und hast du gedacht, was daraus werden kann?“

„Es — wäre unsere einzige Rettung.“
„Zei“ rief die Duffesse erbost. „Du sperrst meine Tochter das Gesicht unserer eigenen Söhne! Willst du Henry zwingen?“

„Glaube ich, daß Henry sich zwingen läßt?“

„Nein! Zu seinem Glück hat er meine n festen und beharrlichen Sinn. Und dennoch — es ist die höchste Zeit, daß ich eingreife. Ich reise sobald wie möglich. Und nun — bitte — laß mich allein.“

Der Duke — hoffnungslos hinsichtlich eines Verzehrens oder Verzehrens von seiner Frau — erhob sich schweigend, verneigte sich flüchtig und ging hinaus mit dem müden Gang eines alten und schwergedungen Mannes.

„Ellen Gontie wollte ich, in einer Verwandlung von Mitleid — zurückrufen. Doch sie bestand sich. Sätze dieser Mann sie nicht taufend und tausendmal durch seine rücksichtslose Art getränkt? Jetzt, wo er selber einmal geerdigt und in Sorgen war, hatte sie wahrlich keinen Grund, ihn zu trösten.“

Ihre Gedanken weiltten bei dem Sohn — dem fremden Mädchen. Sie umspielten auch das geheimnis- und verhängnisvolle Medaillon.

Eins war ihr klar: Es wurde die höchste Zeit, daß sie die Sache in die Hand nahm.

Außerdem war es schließlich am besten, sie wieder die Gesellschaft, bis über diese unijnstige Affäre etwas Gras gewachsen war.

Lady Windermere — als damals die Wunden und Witter allein von der Reise zurückkamen — hatte nichts Besseres zu tun gewußt, als ihren Gatten telegraphisch nach Nizza zu bitten — unter nur leiser Andeutung des Geschehenen — und der Lord, der die klare Bewohnenheit seiner Gattin kannte, war dem Ruf gefolgt. Ohne zwingende Gründe hätte sie ihn jetzt, in der Zeit vor den Wahlen, nicht abgerufen.

Als er den Duke im D-Zug traf, hatte er tatsächlich noch keine klare Vorstellung von dem was geschehen war — als er es erfuhr, überfiel es seine schlimmsten Befürchtungen.

Brigitte — eine seit zwei Jahren mutterlose Ruine zweiten Grades seiner Frau — Emily wußte nicht, war sie nicht doch eigentlich die Tante ihrer jungen Verwandten —, hatte sich ihnen anvertraut, um die Welt ein

zischen kenneizulernen. Emily nahm sie nur zu gern unter ihren Schutz. So kamen diese unglücklichen Wahren auf die kleinen Mädchen! Windermere konnte versuchen — wenn auch nicht bittigen! —, daß seine Gemahlin die großen, eben genesenen Wunden und das junge Mädchen möglichst weit aus der Gefahrenzone entferne. An Dinge, wie sie sich dann abspielte hatten, konnte wahrscheinlich kein Mensch denken.

Lady Emily hatte die Polizei sofort benachrichtigt.

„Allerdings — als Windermere nur die etwas konfuse und sich zuweilen fröhlich widersprechenden Aussagen seiner halbwegsigen Wunden und des gänzlich verirrten alten Witter hörte, wurde er fertig.“

Die Sache mit dem Medaillon erschien ihm queer. In ihm tauchte tausendmal bar er es später Brigitte im stillen ab) tatsächlich der Verdacht einer Fälschung auf.

Sollte Brigitte eine romantische Geschichte vorgezogen und inszeniert haben, um sich in ein leidenschaftliches Abenteuer zu fügen? Er kannte sie zu wenig, um von ihrem Charakter Schlußfolgerungen auf ihre Handlungsweise ziehen zu können.

Dann aber brachte Reginald den Schach, den er in seiner Tasche vergessen hatte — und der Anblick der tranken Unterdrückt, der nur zu wohlbekannten Namens warf gelle Schlaglichter auf die Zusammenhänge! Gontie! Wenn Gontie die Hand im Spiel hatte, dann war alles möglich. Empfindend gewiß, was er getan — aber für das tiefere Schicksal des jungen Mädchens dennoch beruhigend — ein Verdacht würde eigener eigenartiger Gemütsamen ihr niemals geschehen lassen.

Er teilte dem Senator Solm, der ebenfalls aus Hamburg herzugehört war, seine Vermutungen mit. Ein gewicht in das Leben und Treiben — in die Affären und Charakter seines gesellschaftlichen Freundes und politischen Genossen, erzählte er dem Vater der Verurteilten noch ein eingehend vom Prozeß des Herzogs von Gontie um das Erbe der Herzogin von Arles.

politischen Beamten gemacht. Den politischen Beamten müsse als miteinander umfassen zugeordnet werden, daß die oberste Spitze der Stadt Berlin ihnen nicht nur keine Anleitung gegeben hätte, sondern daß die oberste Spitze der Stadt Berlin diesen Beamten auch kein leuchtendes Beispiel gewesen sei.

Mitbernde Umstände seien für die Staatsrats nicht zu finden gewesen. Die Stadtdirektoren seien das Opfer ihrer geschäftlichen Eitelkeit geworden. Sie unterschieden sich lediglich von den anderen Beamten, indem sie die Folgen ihrer handlungswegweise nicht erkannt hätten. Bürgermeister Kohl habe den Grundstein für den Aufstieg der Staatsrats gelegt und sich dann nicht gefolgt, laufend Zusammenhänge entgegenzunehmen.

Bei Stadtrat Bödel sei die Handlungswegweise infolge seiner Weltanschauung als besonders verwerflich zu bezeichnen. Die Anträge der Staatsanwaltschaft auf Erlass von Haftbefehlen gegen die Stadtdirektoren Schmidt und Hauptmann, gegen den Buchhalter Seemann und die Bürgermeister Kohl und Schneider lehnte das Gericht mit dem Hinweis ab, daß bei diesen kein Täuschungsbeispiel bestünde.

Minister a. D. Scholz †

Reichsminister a. D. Dr. Ernst Scholz, der frühere Führer der Deutschen Volkspartei, ist nach längerem Krankenlager in den Abendstunden des Sonntag in Berlin gestorben.



Reichsminister a. D. Scholz fand im 58. Lebensjahr. Von Haus aus Anwalt, ist er schließlich zur Kommunalverwaltung über. 1912 wurde er Oberbürgermeister in Kassel und gehörte als solcher dem Reichstagen an. Später wurde Scholz zum Oberbürgermeister von Charlottenburg gewählt. Im Jahre 1920 übernahm er den Posten des Reichsministerpräsidenten, den er bis 1921 inne hatte. Reichsminister a. D. Scholz betrat sich als alter Nationalist, aber nach dem Krieg zur Deutschen Volkspartei, die er seit 1921 als Reichsministerpräsident angehört. Bei der Wiedereinnahme des Reichspostens, die im Jahre 1929 für kurze Zeit erfolgte, war Minister a. D. Scholz schon erkrankt, so daß er eine volle politische Tätigkeit nicht mehr entfalten konnte.

Die Trauerfeier findet am Donnerstag um 12 Uhr in der Heilandstraße in Sacrow bei Berlin statt. Die Beerdigung wird im Anschluß an die Trauerfeier erfolgen.

Franz Seidte 30 Jahre

Am 29. Juni vollendet Franz Seidte das 50. Lebensjahr. Sein Name wurde bekannt durch die Organisation der ehemaligen Frontsoldaten „Der Stahlhelm“, dessen Gründer und 1. Bundesführer der Jubilar ist. Zu diesem seinem Lebenswerk bezog ihn eine aufopfernde Liebe zum Vaterland, dem er in schwerer Zeit ein treuer Kämpfer war.

Erstmalig zeigt er den bunten Rock im Jahre 1906 an, als er nach Besuch des Realgymnasiums und dreijähriger praktischer Ausbildung in der väterlichen Fabrik sein Einjährigjahr beim Infanterie-Regiment 66 in seiner Geburtsstadt Magdeburg diente. Bei Kriegsausbruch rief Franz Seidte als Leutnant der Reserve mit der Reichswehr-Gemeinschaft seines Regiments ins Feld und erhielt noch im gleichen Jahre das Eiserne Kreuz II. und I. Klasse. Bis 1916 kämpfte er mit der seiner Führung anvertrauten Reichswehr-Gemeinschaft in den vorbereitenden Kämpfen, als ihn eine schwere Verwundung, die die Amputation seines linken Unterarms notwendig machte, für mehrere Monate aus Krankenbett ließ. Nach seiner Genesung meldete er sich sofort wieder freiwillig zum Frontdienst und wird nach vorübergehender Tätigkeit in der Verbindungsstelle der D. S. V. beim Auswärtigen Amt zum Führer eines Front-Filmtrups, beim Durchbruch bei Tolmein und den anschließenden Vorkämpfen in Oberitalien bestimmt. Erst im politischen Sonderauftrag ruff ihn von der Front im Sommer

1918 zurück. Am 13. November desselben Jahres entwarf er den Plan der „Zentralistischen deutschen Frontkämpfer“. Seine Rufen auf Rang, Stand und Bildung und Konfession im „Stahlhelm“, dessen Gründung am Weihnachtstag 1918 erfolgt. Von rund einem Dutzend seiner Kameraden gegründet, wählte der unter seiner Führung stehende Bund zu einer Milizenbewegung, so daß er sich dem Reichsministerpräsidenten, Abgeordneten, Reichsgerichtsräten und Handwerksräten, um sich gegen seinen Lebenswert widmen zu können.

Das Wollen des Stahlhelm Berlin, 29. Juni.

Im Programm der „Berliner Fünftunde“ sprach der Gründer und Erste Bundesführer des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Franz Seidte, über den Stahlhelm und sein Wollen für Staat und Volk. Einleitend betonte Seidte, daß er sich bemüht den 28. Juni ausgeführt habe, weil an diesem Tage der Tribunalplan von Versailles unterzeichnet wurde, der die Wurzel nicht nur des Unglücks von Deutschland sondern der Krisis der ganzen Erde bedeutet. Er führte dann u. a. folgendes aus: Der Stahlhelm hat von der ersten Stunde an diesen unmoralischen Vertrag bekämpft und wird ihn bekämpfen, so lange er besteht. Denn der Stahlhelm selbst ist der lebendige Protest gegen diese lächerliche, frangulierende Tributzettel. Der Typ des deutschen Frontsoldaten ist etwas ganz Besonderes und Eigenartiges geworden. Der Begriff der Pflicht trug und führte ihn. Jeder von uns lernte, sein eigenes Schicksal vor dem großen Schicksal zu schützen. Rührend sind antiqueskeren Leistungen innen und außen ist ihr System zusammengebrochen. Wer die Freiheit für sein Vaterland erkämpfen will, muß selbst frei sein. Darum mußte der Bund frei sein von allen anderen Einflüssen und Mächten. Darum mußte er nur eigene Führer, nur eigene Kämpfer, nur eigene Methoden haben. Das wurde in jahrelanger tapferkühnster Arbeit erreicht. Es gelang uns, den Kameradschaftsbegriff auch auf die Friedenszeit und auf die deutsche wehrfähige nationale Jugend zu übertragen. Nur auf dem Wege des Zusammenfassens der arbeit- und wehrfähigen nationalen Kräfte und nur auf dem Wege der Volksgemeinschaft kann es in Deutschland zum selbstverfügblich befreit werden. Der Staat ist nur ein Mittel, wenn die Wurzeln unseres Seins und Wollens im Heimatboden liegen. Deshalb stellen wir voran das Wiedererlangen der deutschen Hoheitsrechte auf allen Gebieten innen und außen. Wir lehnen die Kriegsschuldfrage und die unmoralischen Kriegsverurteilungen als freie Männer ab. Wir bekämpfen die Wehrlosigkeit und fordern ein ernstes Arbeitsbeschäftigung als den ersten Grad der Wohlfahrt. Wir fordern ein getriebenes, hartes Volk und darum Maßnahmen zur Erhaltung und Stärkung der Geister und der Körper durch den Wehrsport. In dem Staat aber sehen wir nicht ein Wohlfahrtsinstitut, wie er jahrelang als fallendes Ideal in der Nation war, sondern einen Staat, der die Verantwortung der Nation, der jeder Deutsche vollverantwortlich mitzutragen und auszuführen hat. Aus diesen Ideen heraus entwickeln wir die Pläne unserer Wirtschaftsaufstellung und der verantwortlichen Einführung aller Berufsstände in den Staat. Aus diesem Gefühl heraus sehen wir auch der heutigen parlamentarischen Erscheinungen des politischen Lebens abweisend gegenüber. Wir arbeiten aber gern mit allen nationalen Parteien und Gruppen zusammen, die das gleiche Ziel haben.

Chronik der Krawalle

Zusammenstöße in Berlin.

In den verschiedensten Stadtteilen Berlins ist es wieder zu politischen Zusammenstößen gekommen. Bei einer Schlägerei im Reichstag wurde ein Reichsbannerangehöriger verletzt.

„Das ist ein uraltes Familienstück in der Sippe meiner Frau, die ja aus dem Hannoverischen kamme. Ihre Familie ist von altem Adel. Dies Medaillon, das das meine Frau oft gezeigt, befindet sich seit Jahrhunderten — glaube ich — im Besitz der Kleinmanns. Es vererbte sich immer von der ältesten Tochter auf deren älteste Tochter, kam aber durch ein verzeihliches Versehen innerhalb der Familie nach einigen Generationen wieder in die Hände der Stammgüter jurist. Meine Tante Esti — also meine Frau — war eine Polm geworden. Brigitte erhielt das Schmuckstück. Bei ihrer Heirat würde sie es dem ältesten Necker Kleinmanns übergeben müssen. — Ich verstehe aber zweifels nicht: Warum zeigt Brigitte das Medaillon dem Herzog nicht? Er könnte sich von seinem Irrtum überzeugen und sie gehen lassen. Brigitte ist sehr vernünftig, sie wird an unsere Sorge um sie denken. Sie läte es gewiß, wenn ... Und darum glaube ich nicht recht ...“

„Aber Du bist doch unterdessen im Reginald, sie hat es ja gar nicht bei sich — ihre Sachen sind doch hier! Und als du bist in Marzelle fast vom Kalte gerissen wurde, da hat sie es gewiß wieder im Koffer verpackt.“

„Wir müssen einmal sehen, ob es bei den Sachen ist. Sonst könnte man vorsichtig und diplomatisch mit dem Herzog verhandeln“, meinte Holm erwidert.

Aber das Medaillon fand sich nicht unter den Sachen des jungen Mädchens; niemand wußte, daß Brigitte es fortgeschickt — und Ines — die es erhalten und verwahrt — ahnte doch nichts von Brigittes Geschick, denn sie war lebend und sollte gesund werden.

In der Villa Willehaur stand man von neuem vor einem riesigen Problem.

Da brachte die Waise einer gewissen Richtung — die englische wie die französische — plötzlich eine Notiz, die ihm um das junge Mädchen Beforgten helle Empörung einflößte.

Man insinuierte — wie bekannt — eine diskrete Liebesaffäre — mehr: zwischen den Zellen stand so etwas wie eine Andeutung, daß man versuchen werde, hervorragende

riger beschaffen. Elf verdächtige uniformierte Nationalsozialisten wurden daraufhin festgenommen. Auf dem Doppelplatz in Steglitz erhielt ein Kommunist einen Steinwurf im Oberarm. Vor dem Hause Steglitzer Straße 84 wurde ein angeblich parteiloser Mann durch einen Messerwurf über dem rechten Auge verletzt. Eine größere Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten entbrach gegen 1.30 Uhr nachts in Reutbahn in der Domstraße. Zwei Kommunisten erlitten Schußwunden. Fünf Nationalsozialisten wurden zuangehaelt.

Verhaftungen in Leipzig.

Im Osten Leipzigs, in Volkmarisdorf und in Rainsdorf, führte die Nationalsozialisten in Stärke von etwa 1300 Mann einen genehmigten Umzug durch. Als der Zug in die Nähe des Volkmarisdorfer Marktes kam, ließ er auf zusammengetriebene Kommunisten, die Verhaftungen erzielte hatten. Sie hatten Führerrollen übernommen und Steine zwischengelegt. Außerdem hatten sie auch schon Straßenlaternen zerlegt. Die Polizei nahm sofort eine gründliche Säuberung vor, wurde aber aus den Reihen der Kommunisten heraus beschossen. Daraufhin machte die Polizei von der Schußwunde Gebrauch. Es wurde eine ganze Anzahl Kommunisten verletzt. Zahlreiche Kommunisten wurden festgenommen. Einer der bei den kommunistischen Ausschreitungen in Volkmarisdorf verletzten Kommunisten ist inzwischen gestorben.

20 Verletzte in Chemnitz.

Im ganzen Stadtgebiet veranfaßten die verschiedensten politischen Parteien Umzüge, bei denen es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten einerseits und Nationalsozialisten und Stahlhelmschlägerern andererseits kam. Die Zahl der Verletzten wird auf 20 geschätzt. Zwei SS-Leute wurden durch Messerwürfe schwer verletzt. In beiden Fällen sollen Kommunisten die Täter gewesen sein.

19 Verletzte in Herte.

Zu einer schweren Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam es in der Nähe des Schloßes Waldenhorst bei Herte i. W. Das Lebenskraftkommando fand bei seinem Eintreffen vier schwer- und 15 leichtverletzte Nationalsozialisten vor. Die Kommunisten hatten bereits das Weite gesucht. Bei drei Verletzten wurden schwere Schädelbrüche, Kopf- und Gesichtsverletzungen festgestellt. Der vierte weist Stichwunden an Kopf, Armen und Händen auf.

Vermischtes

Stillsitzen! Die letzten Parlamentsreden im Preussischen Landtag haben wiederum eine neue Reihe von Stillsitzern gezeitigt, die nachgehend veröffentlicht werden sollen. So stellte ein SPD-Abgeordneter u. a. folgendes fest: „Zentnermacher lief gerade auf die kommunalistische Presse das Auge der Notverdringung.“ Ein deutschnationaler Abgeordneter sprach über die Geschäftsordnungsdebatte die Aufhebung der Geschäftsordnungsänderung begründete, sagte dabei folgenden Satz: „Diesen schmerzlichen Stein der Ungerechtigkeit, der uns allen auf dem Herzen liegt, müssen wir uns endlich vom Halse wälzen!“

Neue Bücher und Zeitschriften.

Die neue „Gegenwart“ enthält die Augen eines jeden Tausend aufleucht, deren Sinne auf Schönheit und Gerechtigkeit sind. Wundervolle Sommerbilder zeigen das sonnige Leben am Strande und in den Skaroten. Jede der neuesten Langschreibungen beruht ein gut illustriertes Werk, die Baden-Baden-Zurückkehr zum Thema gewählt hat. Das Begründete nicht nur maßvoll, sondern auch schön sein können, bewahrt ein Beitrag über Gartenmöbel. Der „Kraus“ in Front“ hätte die Aufmerksamkeit der Frauen erregen. Das „Salon“ an Ereignissen gesellschaftlicher und mooslicher Art zu bieten hat, nicht in der bekannten geschmackvollen und glänzenden Aufmachung dem Leser vorgeführt. —

Das „Korallen des Meeres“. Das Geheimnis der einfachen Form — Der Mann mit den gefärbten Wänden — Das Rätsel des flüchtigen Armes — und andere außerordentlich spannende Detektiv-Geschichte bringt die beiden ersten Nummern 6 der bekannten „Detektiv-Geschichten“. Das nicht illustrierte, aber fangreiche Heft enthält ferner den spannenden Detektivroman „Die grünen Augen“ von dem berühmten englischen Kriminalromanautor J. W. Balg. Die „Wahren Detektiv-Geschichten“ sind für 30 Hg. überliefert zu haben.

Die „Gartenlaube“ Heft 25.

Meider für Sport und Wohnen. Eine Reihe schöner Pläne und Modelle bringt die neue „Gartenlaube“, überliefert für 30 Hg.

Veröffentlichung der englischen Bahltampagne eines Scherenschnittes: der Einführung eines jungen Mädchens, zu verdächtigen — aus keinem anderen Grunde, als um sie persönlich zu kompromittieren. Aus dieser Zinnstunde sprach das böse Geschick, das zur Verleumdung überging, ehe angegriffen wurde.

Wundermerer — während darüber, daß der gute Ruf seiner kleinen Mutter und seine faire menschliche derartig in den Schmutz gezogen wurde — sich jene Mühseligkeiten. Er selber veranlaßte jene niederträchtigen Artikel in der Presse über Kinder, die Götze und seine Gemahlin abnen lichen, welches Schicksal ihnen bevorstand, wenn man in der immer perfidischer werdenden Angelegenheit nicht bald einen befriedigenden Ausweg fände.

Wundermerer war — ebenso wie der Duke — bereits wieder in England, als die Sache bis zu diesem Punkte gekommen war.

Die Dankschuld von Götze — bereit, ihrem Sohne in mehr als einer Weise zu Hilfe zu eilen, ließ insofern ein, daß sie ihre Adresse nicht aufgeben überführen dürfte.

Schlauer als der ältliche Duke — und gewohnt in Zutritte —, verließ sich, noch einige Tage zu warten und besonders den großen Empfang bei Sofe erst mitzumachen. Sich umfänglich und stets zu zeigen, schien ihr das beste Mittel, dem König entgegenzutreten. Empört wies sie daher den Plan des Herzogs, der sich wegen krankheitentschuldigenden wollte, zurück. Sie dachte natürlich auch an a r a, daß die wunderwolle Mode, die sie sich zu diesem Empfang hatte machen lassen, nicht unbenutzt im Schrank hängen dürfte.

Wundermerer aber hatte sich nicht nur mit den Artikeln in der Zeitung begnügt. Man mußte und mußte doch der verlorenen Tochter habhaft werden. Er hatte die französische und englische Polizei informiert — und mit all der Mühseligkeiten, die auch dieses Staatsorgan den großen Steuerzahlern schuldig zu sein laß, begann man, auf den Gütern und Schatzkammern des Duke nach der Verfolgungsmann zu suchen. (Fortsetzung folgt.)

Abenteuer um Brigitte

Roman von Marilou Sonneborn

Copyright by Martin-Fuchs-Verlag, Halle (Saale)

Er begann sich auch darauf, daß der Duke zuweilen von einem Medaillon „gafaltet“ (er gebraucht tatsächlich diese kühnste Wort) mit dessen Auffindung eine glückliche Wendung in seinen Angelegenheiten eintreten würde.

„Aber glaube oder Tradition — ich weiß nicht, denn nie habe ich mich erstlich um diese Dinge gekümmert — taum hingehört, wenn Götze davon redete — und er tut das, so oft man ihn trifft! Wenn er aber auf irgendeine Weise zu dem Glauben gelangt ist, Brigitte besitze dies Stück, dann wird er kein Mittel scheuen, es ihr abzurufen. Doch wird er immer Gentleman genug bleiben, um sie vor Schäden zu bewahren, doppelt, wenn er weiß, daß sie meine Verwandte ist.“

Sollten wir nicht der Polizei diese Vermutung mitteilen?“

„Herr Senator — lieber nicht! Götze ist mein politischer Gegner. Er hat wenig Aussicht, aber mich zu jagen. Ich aber bleibe auch in politischer Kampf gern fair. Persönliche Verunglimpfung des Duke möchte ich vermeiden. Auch ist mein Verdacht ja nur Vermutung.“

Es laufen viele Gerüchte mit der Signatur des Dukes. Abwarten wir also noch ein wenig. Vielleicht findet die Polizei, der ich den Sachverhalt natürlich zeigen muß, diese Spur von selber.“

„Inwiefern ist mir bei der Sache, so wie wir sie uns jetzt denken, unklar“, erwidert der Senator. „Erstens: wie fände Brigitte in den Besitz eines solchen Medaillons! Hat sie sich irgendwo ein Schmuckstück gekauft?“ fragte er die Jungens.

„Aber Onkel Holm, es handelt sich doch um das Schmuckstück, das Brigitte von ihrer Mutter zur Konfirmation bekommen hat!“ erklärte Lady Wundermerer.

Nebrer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.- RM — Durch die Post bezogen 1.10 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiss, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 0,9 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektort 20 Pf.
Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Sauterverein Nebra.

Nr 78

Donnerstag, den 30. Juni 1932.

45. Jahrgang

Deutsche Bilanz: Sächsischer Europus und der Welt.

Keine Konferenz fand vom ersten Tage an. Laut dem Eindruck, daß sich in Lausanne nicht nur darum handelt, genügend das Verhältnis zwischen Gläubigern und Schuldner zu bereinigen, sondern daß es darum geht, auf viele Jahre hinaus das Sozial Europa und der Welt entscheidend zu bestimmen.

Die ganze Entwicklung des Reparationsproblems hat der ganzen Welt eindeutig zum Bewusstsein gebracht, daß die Reparationen nicht nur die deutsche Wirtschaft gefährden, sondern auch den wirtschaftlichen Wohlstand der Gläubiger und damit auch der übrigen Welt zu vernichten drohe. Mit einer auf bisherigen Konferenzen dieser Art unbekanntem Offenheit und Freimütigkeit ist in den letzten Tagen zwischen Schuldner und Gläubiger das Reparationsproblem in allen seinen Einzelheiten erörtert worden. Deutscherseits hat man in mehrfachen ganz eingehenden Darstellungen alle betamten Gründe vorgebracht, die gegen die Möglichkeit einer Fortführung des Reparationsplans sprechen. Die deutschen Vertreter auf der Reparationskonferenz haben immer wieder darauf hingewiesen, daß durch das Verschwinden der Reparationszahlungen gerade die von allen Weltlern so sehr heiß herbeigewünschte Verhinderung internationaler Wirtschaftsbeziehungen eintreten wird. Nur die Schaffung einer völlig einseitigen, klaren und für die Zukunft überprüflichen Lage vermag das Vertrauen wieder zurückzuführen, das allein den Wiederaufbau der Welt und eine rasche Beendigung der gegenwärtigen katastrophalen Krise ermöglicht.

Es ist deutscherseits ein Sofortprogramm vorgelegt worden, das in erster Linie die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung Osteuropas und Südwesteuropas herbeiführen soll. Darüber hinausgehend hat aber die deutsche Regierung ihre Bereitschaft zur Erfüllung und Mitwirkung erklärt. Bei den Bemühungen um eine Sanierung Europas komme Deutschland und Frankreich eine besondere Stellung zu.

Eine besondere Rolle spielt in dieser Hinsicht die Idee eines sogenannten „fonds commun“, dessen Hauptaufgabe darin bestehen würde, durch Kredite den Ländern mit schwierigen Verhältnissen eine zuverlässige Deckungsgrundlage zu schaffen. Auch hier hat die deutsche Regierung ihre Bereitschaft zur Erfüllung und Mitwirkung erklärt. Bei den Bemühungen um eine Sanierung Europas komme Deutschland und Frankreich eine besondere Stellung zu.

Die Haltung der deutschen Regierung auf der Konferenz war vom ersten Tage an vollkommen konsequent. Es widerspricht vollkommen den Tatsachen, wenn behauptet wird, die Haltung der deutschen Regierung habe sich nach der Rückkehr des Reichspräsidenten aus Berlin verändert. Die Ausführungen des Reichspräsidenten und des Reichsfinanzministers in den letzten Tagen gingen immer in der Richtung, daß Vorschläge für ein neues System von Reparationszahlungen unmöglich sind und daß das deutsche Volk in keiner unangenehmen Lage stehen soll. Die deutsche Regierung ist entschlossen, die Konferenz zu beenden und einmütig abzuhängen wird.

Die deutsche Seite ist und bleibt, daß nur eine Streichung der Reparationen für alle Welt eine bessere Zukunft erhoffen lasse und daß in einer Zusammenarbeit im Rahmen des konstruktiven Planes der einzig mögliche Weg zu erfinden sei, der zum Wiederaufbau Europas und der Welt führe.

MacDonald lädt Papen und Herriot zu sich
Der englische Ministerpräsident hat die Initiative ergriffen und vorläufig die Verhandlungsführung in die Hand genommen. MacDonald hat heute gleichzeitig den Reichspräsidenten und den französischen Ministerpräsidenten zu sich zu einer gemeinsamen Unterredung berufen, an der der englische Schatzkanzler Chamberlain und der französische Finanzminister Germain Martin teilnehmen. Kurz vorher hat Reichspräsident Papen mit Chamberlain eine längere Besprechung.

Die Besprechung der drei Regierungschefs
Die gemeinsame Besprechung zwischen MacDonald, dem Reichspräsidenten Papen und Herriot unter Beteiligung des französischen und englischen Finanzministers und des Reichspräsidenten Papen dauerte von 12 Uhr mittags bis kurz vor 14 Uhr.

Über den Verlauf dieser streng geheimen Unterredung wird lediglich mitgeteilt, daß die gemeinsame Besprechung der drei Regierungschefs weitgehend friedlich verlief. Es besteht der Eindruck, daß von englischer Seite energische Bemühungen im Gange sind, um eine Beilegung der Streitverhältnisse zu ermöglichen, jedoch liegt ein praktisches Ergebnis bisher noch in keiner Richtung vor.

Angebliche Polenpläne des Kanzlers

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ will wissen, daß Reichspräsident Papen angeblich den Wunsch habe, mit Hilfe Frankreichs eine vollständige Ausöhnung zwischen Deutschland und Polen herbeizuführen.

In diesem Rahmen verfolge er einen Plan, wonach der Korridor „internationalisiert“, Danzig an Deutschland zurückgegeben und Polen als Gegenleistung für die Grenzveränderungen erhalten solle, wie sie die Fischschollwatski beabsichtigen in Hamburg und Berlin geistige. Als ein weiteres Mittel zur Erleichterung der deutsch-polnischen Beziehungen habe von Papen einen Plan für die Ausöhnung der Donauländer im Sinne, in dessen Rahmen sowohl Deutschland als auch Polen einer Art Wirtschaftsanion zwischen den Donauländern beitreten würden.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ bemerkt zu dem angeblichen Gedanken einer Internationalisierung des Korridors, daß eine solche faun von der ganzen deutschen Nation angenommen würde, da der Korridor auch in diesem Falle Deutschland immer noch in zwei Teile schneiden würde.

Reparationsleistungen von 1924 bis 1932

Nahzu einhalb Milliarden Mark.
Berlin, 29. Juni.
Der neue Reichshaushalt bringt auch einen Ueberblick über die Gesamtleistungen an Reparationszahlungen für die Rechnungsjahre 1924 bis 1932. Nach dem Davesplan sind gezahlt worden vom 1. 9. 1924 bis 31. 8. 1929 7964,3 Millionen Reichsmark. Diese Summe gliedert sich in 800 Millionen für die Dawesanleihe, 2,4 Milliarden Zahlungen aus dem Reichshaushalt, 2,7 Milliarden Reichsbahn-Reparations-Schuldverschreibungen, Industrieobligationen 975 Millionen und Beförderungssteuer 1,1 Milliarde Goldmark. Nach dem neuen Plan vom 1. 9. 1929 bis 30. 6. 1932 sind gezahlt worden 2855 Millionen Mark, davon 1645 Millionen Mark aus dem Reichshaushalt und 1210 als Reichsbahn-Reparationssteuer.
Nach dem Hooverplan sind in der Zeit vom 1. 7. 1931 bis 30. 6. 1932 71,5 Millionen Mark gezahlt worden. Das sind insgesamt 10 891,2 Millionen Goldmark.

Dazu kommen aber noch 508,9 Millionen Mark, die sich zusammenfassen aus dem Dienst der Äußerer Anleihe 1924 in Höhe von 310 Millionen Mark, Zahlung nach dem Deutschen Marktsystem rund 60 Millionen Mark, Beitrag zu den äußeren Belegungsstellen 30 Millionen, Beitrag zu den Kosten der fremden Kommissionen 6 Millionen, einmalige Sonderanleihe bei der Bank für Internationale Zahlungen 62,5 Millionen, Dienst der internationalen Anleihe 1930 48 Millionen Mark.

Die Summe für alle Gesamtleistungen in der Zeit vom 1. 9. 1924 bis 30. 6. 1932 betragt 11 399,8 Millionen Reichsmark.

Auch Genf festgefahren

Wilson wieder in Lausanne. — Am den Abrüstungs-Vorschlag Americas.

Der amerikanische Vorkonferenz Wilson, der Führer der Genfer Abrüstungsabordnung der Vereinigten Staaten, traf Dienstag nachmittags unverwartet im Hotel Beau Rivage, dem Hauptquartier der englischen Regierung, ein und hielt dort eine längere Unterredung mit MacDonald, in der, wie verlautet, die weitere Behandlung des neuen amerikanischen Abrüstungsplanes und die Stellungnahme der englischen Regierung zu den amerikanischen Vorschlägen erörtert worden ist.

Die amerikanische Regierung verlangt eine baldige durchgreifende Erörterung der amerikanischen Vorschläge, während in den letzten Tagen der Abrüstungskonferenz die Arbeit stillstand. Die Konferenz am 15. Juli auf mehrere Monate zu unterbrechen, ohne daß eine Durchberatung der Abrüstungskonferenz gegenwärtig fast vollständig ruhen, zeigt sich jetzt in Kreisen der Neutralen und der übrigen an der Lausanner Konferenz nicht beteiligten Mächte eine nachdrückliche Zustimmung über die fortgeschrittene, jetzt schon fünf Monate andauernde Verhinderung der Abrüstungsentscheidungen. Man berät daher gegenwärtig in englisch-amerikanischen Kreisen, in welcher Weise nach dem Abschluß der Lausanner Konferenz eine Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz bewerkstelligt werden kann. Die großen Gegensätze in der Abrüstungsfrage konnten jedoch bisher noch nicht überwunden werden, so daß auch auf dieser großen internationalen Konferenz vorläufig kein Ausweg aus der Lage gesehen wird.

Reichsrat verabschiedet Etat

Berlin, 29. Juni.
Nach einem Vortrage des Generalobersterpräsidenten Ministerpräsidenten Dr. Brüning nahm der Reichsrat den Etat für 1932 an.

Der Generalobersterpräsident hat nach namens des Reichsrates eine Antwort an den französischen Ministerpräsidenten Herriot, in der es u. a. heißt: Im Ausland begegnet man oft der Vorstellung, daß unsere inneren Schäden, weil sie erheblich geringer seien als die Englands und Frankreichs, uns eine Vorrangstellung im internationalen Wettbewerb einräumen könnten.

Andere inneren Schäden und Kriegsschulden waren ebenso hoch oder höher als die Englands und Frankreichs. Weil mehr als 100 Milliarden Goldmark solcher Schulden sind durch die Inflation und minimale Aufwertung wieder-

geschlagen worden. Dadurch ist zwar das Reich als Schuldner entlastet, aber in genau demselben Maße die Bevölkerung finanziell verarmt. Deutschland hat seinen äußeren Gläubigern sechs bis acht mal soviel gezahlt wie seinen inneren Gläubigern.

Reichsinnenminister Frhr. von Gagl erklärte, die Reichsregierung habe sich genötigt gesehen, die in den Bestimmungen des Döhlke-Gesetzes festgelegten Maßstabsätze für verschiedene Öffnungsmassnahmen herabzusetzen. Die Ausfälle gegenüber dem Döhlke-Gesetz sollen jedoch durch Nachbemessung ausgeglichen werden, sobald die Finanzlage des Reiches dies gestattet.

Da aus der Mitte des Reichsrats feierlich Wortmeldungen vorlagen, wurde der Reichs-Etat ohne weitere Abstimmung als vom Reichsrat angenommen festgesetzt.

Der Reichsrat nahm dann noch eine Reihe von Beschlüssen an, auch den Entwurf einer Verordnung über Verlängerung der Gültigkeitsdauer über Umfassungsvereinigungen für Ostpreußen um zwei Jahre.

Nächste Reichsratsitzung am 7. Juli.

Mitfragen gegen Reichsregierung

Annahme im Sächsischen Landtag.
Dresden, 29. Juni.
Am Sächsischen Landtag wurde nach längerer Aussprache über den kommunizierten Antrag, der Reichsregierung das sächsische Mitfragen des Sächsischen Landtages zu beenden, abgelehnt. 44 Stimmen lauteten auf Ja, 27 auf Nein bei 8 Enthaltungen der Deutschnationalen. Die nationalsozialistische Fraktion blieb während der Abstimmung außerhalb des Sitzungssaales. Der Antrag der Kommunisten ist demnach angenommen. Ebenso wurde ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig genehmigt, der verlangt, die Reichsregierung und im Reichsrat gegen die Verweigerung der Regierung von Papen Einpruch zu erheben, mit dem Ziel, die Kürzung der Unterhaltungsätze in der Arbeitslosen- und Arbeitslosenversicherung rückgängig zu machen und alle Maßnahmen, die eine Befreiung der unteren Volksschichten mit sich bringen, zu unterbinden.

Die Konferenz der Polizeiminister

Berlin, 28. Juni.
Die amtliche Preussische Pressestelle teilt mit: Der größere Teil der leitenden Länderminister ist heute, den 27. Juni, auf Einladung Preußens in Berlin zusammengetreten, um politische Fragen von besonderer Bedeutung zu erörtern. Die Konferenz ergab eine erfreuliche volle Übereinstimmung der Gesandten. Weitere Sitzungen gleicher Art sind von Fall zu Fall je nach Bedarf in Aussicht genommen.

Xrite color checker CLASSIC. A grid of 24 color patches with a ruler below. Text: 'hat', '29. Juni', 'Daily', 'berichterstattet', 'zur Frage der', 'pern veröffentlicht', 'auf Grund einer', 'Inhalt des Inter-', 'die Wiederher-', 'da eine Trennung', 'geschloßen ist, die', 'Abfassung zur', 'Anpassung an die', 'igkeit der Länder', 'Stellung des zu', 'absoluten Monar-', 'monarchie. Das ist', 'dem Standpunkt', 'Die deutsche', 'am Eintritte', 'des Reichs', 'durch Stände-Ver-', ' habe Dr. Heim', ' und an geing-', 'frage des Inter', ' die Monarchie', ' in monarchie ist', ' antwortete er: Ja', ' diese Stunde kom-', ' gegen den Bestand', ' des Reiches. Man könne sich nicht mit', ' einem Schmach auswirken.'

38000 neue Siedler

Die Fortsetzung der vorläufigen Kleiniedlung.
Berlin, 29. Juni.
Die Reichsregierung hat zur Fortführung der vorläufigen Kleiniedlung auch für das Rechnungsjahr 1932 einen Betrag von 25 Millionen RM zur Verfügung gestellt. Ueber die Fortführung der Kleiniedlung im einzelnen ist u. a. folgendes zu bemerken.

Die als Träger des Verfahrens für den zweiten Bauabschnitt in Frage kommenden Gemeinden und Gemeindeverbände werden bis zum 10. Juli einen Vorbescheid über die Höhe der ihnen zugeteilten Mittel erhalten. Mit Rücksicht auf die vorgeschriebene Adresszeit können nur solche Siedlungsverbände berücksichtigt werden, für die die Bauabsch-